

Jenseits grünen Wachstums: Progressive Industriepolitik für die sozial-ökologische Transformation

Im Zuge der multiplen Krise, in der wir uns befinden, erlebt die Debatte rund um „grüne Industriepolitik“ und „grünes Wachstum“ einen Aufschwung (PAGE, 2017; Rodrik, 2014). Einerseits fand das Thema Eingang in die Mainstream-Debatte zu Industriepolitik in der Europäischen Union. In der Europa 2020-Strategie verlautbarte die Europäische Kommission im Jahr 2010, dass „wir anstreben sollten Wachstum von Energieverbrauch zu entkoppeln und eine ressourceneffizientere Wirtschaft zu werden, was nicht nur Europa einen Wettbewerbsvorteil beschern wird, sondern auch die Abhängigkeit von fremden Rohstoffquellen reduzieren wird“ (Europäische Kommission, 2010, S. 13). In die gleiche Kerbe schlagend spricht sich Aiginger (2014) für eine „Industriepolitik für einen nachhaltigen Entwicklungspfad“ aus. Im Dezember 2019 verkündete Ursula von der Leyen schließlich den „europäischen Grünen Deal“ (Europäische Kommission, 2019). Andererseits erarbeiteten auch unterschiedliche AkteurInnen der ArbeiterInnenbewegung (z.B. ETUC, 2015; 2017), linksgerichtete Stiftungen und Think Tanks (Rosa Luxemburg Stiftung, 2017; Transform! Europe, 2015), sowie kritische WissenschaftlerInnen (Durand, 2017; Pianta, Nascia & Lucchese, 2016) Konzepte für eine „linke“, „progressive“ oder „alternative“ Industriepolitik. Deren Vorschläge hatten meist eine post-Keynesianische Orientierung und hoben die Bedeutung von nachhaltigem Ressourcenverbrauch hervor. Letztendlich sprach sich aber auch der Großteil der linksgerichteten Konzepte für „sozial und ökologisch verantwortungsvolles Wachstum“ (Transform Europe, 2015, S. 4) aus. Es gibt jedoch auch kritische Stimmen, was die Machbarkeit von „nachhaltigem Wachstum“ angeht. Eder und Schneider (2018, S. 482) argumentieren zum Beispiel, dass die Umwandlung der bestehenden industriellen Strukturen „umfassender und disruptiver sein [muss] als die anvisierte graduelle Transition in eine *Green Economy*“, wenn die Klimakrise gelöst werden soll.

In Anbetracht der Dringlichkeit der Klimakrise argumentiert dieser Beitrag, dass eine wirklich progressive Entwicklungsstrategie für Europa eine „sozial, wirtschaftlich und ökologisch verantwortungsvolle“ Degrowth-Strategie sein muss. Was aber sollten zentrale industriepolitische Bestandteile einer solchen Strategie für die sozial-ökologische Transformation in Europa sein? Und wie kann eine solche Strategie umgesetzt werden? Um diese Fragen zu beantworten, werden zuerst 10 Eigenschaften progressiver Industriepolitik vorgestellt, die bereits an anderer Stelle ausgeführt wurden (Eder, 2019). Aufbauend auf Eder und Schneider (2018) gehe ich davon aus, dass progressive Industriepolitik einen wichtigen Bestandteil einer breiteren Strategie für die sozial-ökologische Transformation darstellen muss und nicht gesondert von einer solchen bestehen kann.

Im Hauptteil des Beitrags werde ich zwei Themen behandeln, die besonders relevant sind, wenn progressive Industriepolitik als Bestandteil einer Degrowth-Strategie konzipiert wird: 1) industrielle Konversion und 2) die Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe. Im Zusammenhang mit dem ersten Punkt

werde ich das historische Beispiel eines Werks von Lucas Aerospace in Großbritannien einführen, in dem während der 1970er Jahre der Betriebsrat gemeinsam mit der Belegschaft einen umfassenden Plan für die Umstellung der Produktion, den *Lucas Plan*, erarbeitet hat, weil das Werk vor der Schließung stand. Obwohl sie anfangs eigentlich nur ihre Arbeitsplätze retten wollten, kamen die ArbeiterInnen und Angestellten im Verlauf des Prozesses zu dem Schluss, dass sie ihre Produktion auf die Herstellung „sozial nützlicher Güter“ umstellen wollten, also von militärischer auf zivile Produktion (Smith, 2014). Der Beitrag wird argumentieren, dass dieses Fallbeispiel ein guter Startpunkt ist, um Varianten der industriellen Konversion unter ArbeitnehmerInnenpartizipation zu konzipieren. Allerdings muss es in Zukunft natürlich darum gehen, nicht nur „sozial nützliche“, sondern zugleich „ökologisch verträgliche“ Güter herzustellen.

Im Zusammenhang mit dem zweiten Punkt werde ich den Ansatz des ‘Community Wealth Building’ vom Zentrum für lokale ökonomische Strategien (Centre for Local Economic Strategies, CLES, 2019a) mit Sitz in Manchester vorstellen. Dieser wird bereits an unterschiedlichen Orten und Regionen in Großbritannien praktiziert. Wir werden uns konkret mit dem Fallbeispiel der peripheren Stadt Preston in Nordwestengland beschäftigen (CLES, 2019b; CLES & Preston City Council, 2019c). Das zentrale Ziel des Ansatzes ist es, Vermögen zu „lokalisieren, demokratisieren und sozialisieren“ (McInroy, 23.10.2019). Ein wichtiges Instrument in diesem Kontext progressive öffentliche Beschaffung. In jeder Gemeinde, mit der CLES zusammenarbeitet, werden zuerst große öffentliche Institutionen zusammengestellt und deren Lieferketten und Ausgabenprofile durchleuchtet. So sollen Ausgaben – wo möglich – wieder lokal konzentriert werden, um Geldabflüsse in den reichen Zentren zu vermeiden. Allerdings müssen die mit öffentlichen Aufträgen betrauten Firmen auch hohe soziale und ökologische Standards erfüllen. Die Förderung von lokalen Ökonomien ist aus einer Degrowth-Perspektive besonders relevant, da durch eine Relokalisierung der Produktion auch eine Kontrolle der ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen derselben wieder einfacher möglich wird.

Abschließend werden die Stärken und Schwächen der beiden Fallstudien im Kontext der aktuellen Kräfteverhältnisse auf EU-Ebene diskutiert. Dabei wird hervorgehoben, welche strukturellen Grenzen es aktuell für eine breitere Umsetzung solcher Initiativen gibt und wie die bestehenden Machtbeziehungen erste Schritte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation erschweren. Allerdings wird ebenso aufgezeigt, dass die Hegemonie der aktuellen Kräfteverhältnisse an wichtigen Stellen bröckelt und dass mehrere der im Entstehen begriffenen Initiativen zentrale Ansatzpunkte für die weitere Formulierung und Durchsetzung progressiver Industriepolitik liefern.

Quellen:

Aiginger, K. (2014). Industrial Policy for a sustainable growth path. WWWfor Europe Policy Paper no 13. WIFO. Abgerufen am 12.12.2019 von <https://www.oecd.org/economy/Industrial-Policy-for-a-sustainable-growth-path.pdf>

- CLES (2019a). Community Wealth Building 2019: Theory, practice and next steps. <https://cles.org.uk/publications/community-wealth-building-2019/>
- CLES (2019b): New Municipalism in London. Abgerufen am 12.12.2019 von https://cles.org.uk/wp-content/uploads/2019/04/New-Municipalism-in-London_April-2019.pdf
- CLES & Preston City Council (2019): How we built community wealth in Preston: Achievements and Lessons. Abgerufen am 24.10.2019 von https://cles.org.uk/wp-content/uploads/2019/07/CLES_Preston-Documnt_WEB-AW.pdf
- Durand, C. (2017). Toward a Progressive Rejuvenation of Industrial Policy. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Eder, J. (2019). Grundlagen einer progressiven Industriestrategie für die sozial-ökologische Transformation. *Spw* 233 (4), 87-91.
- Eder, J., & Schneider, E. (2018). Progressive Industriepolitik – Ein Ausweg für Europa!? *Wirtschaft und Gesellschaft* 44, 471-502.
- Europäische Kommission (2010). *Europe 2020: A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth*. COM(2010) 2020. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2019). *The European Green Deal*. COM(2019) 640 final. Brüssel: Europäische Kommission.
- European Trade Union Congress (ETUC) (2015). Climate change, the new industrial policies and ways out of the crisis. Brüssel: ETUC.
- European Trade Union Congress (ETUC) (2017). A renewed EU industrial policy – ETUC reaction. ETUC position paper. Brüssel: ETUC.
- Partnership for Action on Green Economy (PAGE) (2017). Green Industrial Policy: Concept, Policies, Country Experiences. Abgerufen am 23.12.2019 von <https://www.un-page.org/resources/green-industrial-policy-trade/green-industrial-policy-concept-policies-country-experiences>
- Pianta, M., Lucchese, M., & Nascia, L. (2016). What is to be produced? The making of a new industrial policy in Europe. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Rodrik, D. (2008). Normalizing Industrial Policy. Commission on Growth and Development Working Paper Nr. 3. Washington: International Bank for Reconstruction and Development/Weltbank.
- Rodrik, D. (2014). Green Industrial Policy. *Oxford Review of Economic Policy* 30 (3), 469–491. <https://doi.org/10.1093/oxrep/gru025>
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017) (Hg.). Progressive Industrial Policy for the EU? Outmanoeuvring Neoliberalism. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Smith, A. (2014). Socially Useful Production. Brighton: STEPS Centre/University of Sussex. Abgerufen am 12.12.2019 von <https://steps-centre.org/wp-content/uploads/Socially-Useful-Production.pdf>
- Transform Europe (2015). Towards Europe's Productive Transformation: an Emergency For an Alternative Industrial Policy. Diskussionspapier 1/2015. Wien: Transform Europe.
- Warwick, K. (2013). Beyond Industrial Policy. OECD Science, Technology and Industry Policy Papers, No. 2. Paris: OECD Publishing.